

Öffentliche Finanzen

Staatlicher Gesamthaushalt

Die Lage der Staatsfinanzen hat sich im vergangenen Jahr nochmals deutlich verbessert. Nachdem das gesamtstaatliche Defizit schon 2006 auf 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesunken war, wurde 2007 nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes vom Januar erstmals seit der deutschen Vereinigung ein ausgeglichener Staatshaushalt erreicht.¹⁾

*2007 erstmals
seit deutscher
Vereinigung
ausgeglichener
Staatshaushalt*

Zu dem Defizitabbau haben die günstige konjunkturelle Entwicklung und der nochmals kräftige Anstieg bei dem – großen und erratischen Schwankungen unterliegenden – Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern beigetragen. Zum überwiegenden Teil ist die Verbesserung der Finanzlage aber auf strukturelle Faktoren wie insbesondere die Anfang 2007 in Kraft getretenen Abgabenerhöhungen und die moderate Ausgabenentwicklung zurückzuführen (vgl. Übersicht auf S. 58f.).

Die Schulden des Staates dürften im vergangenen Jahr geringfügig gestiegen sein. In Relation zum BIP könnten sie aufgrund des kräftigen nominalen Wirtschaftswachstums gegenüber dem Vorjahr aber um etwa 2½ Prozentpunkte auf rund 65 % gesunken sein. Damit konnte der 2005 erreichte historische Höchststand von 67,8 % zwar merklich unterschritten werden, aber der im EG-Vertrag festgelegte Referenzwert von 60 % wurde noch immer deutlich verfehlt.

*Schuldenquote
merklich
rückläufig*

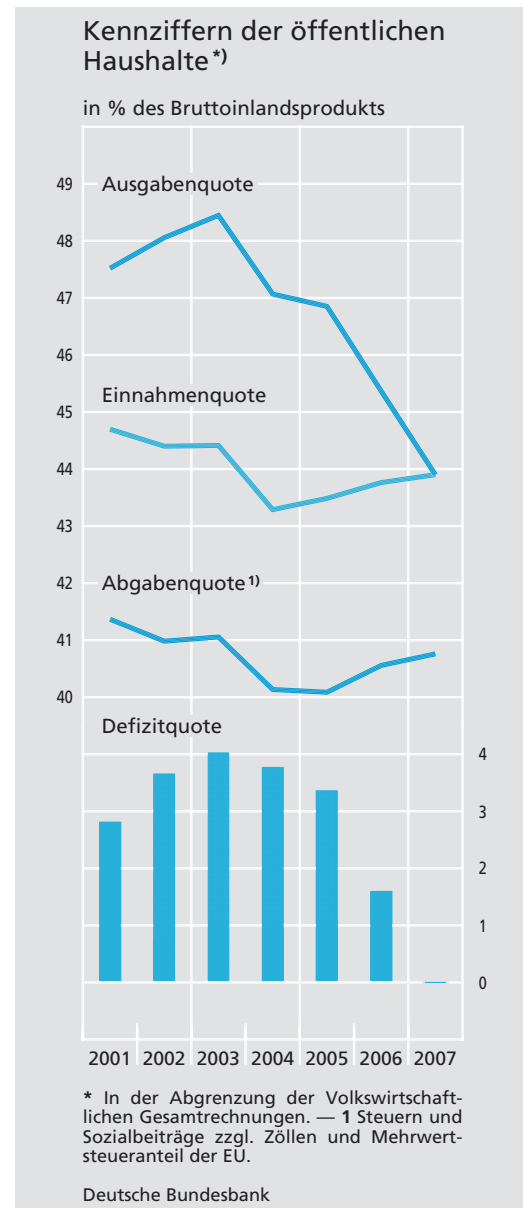
¹ Abgesehen vom Überschuss im Jahr 2000 (1,3 % des BIP), der auf einmalige Versteigerungserlöse von UMTS-Mobilfunklizenzen (2,5 % des BIP) zurückging.

*Einnahmen-
quote trotz
Abgaben-
erhöhungen
kaum gestiegen*

Die staatlichen Einnahmen lagen 2007 bei knapp 44 % des BIP. Im Vorjahrsvergleich nahm die Quote damit kaum zu, obwohl die ergriffenen Maßnahmen per saldo zu erheblich höheren Einnahmen führten. Ausschlaggebend hierfür war, dass wichtige gesamtwirtschaftliche Bezugsgrößen der staatlichen Einnahmen, wie die Bruttolöhne und -gehälter und vor allem der private Verbrauch vor Steuern, langsamer wuchsen als das nominale BIP. Dennoch nahm das Steueraufkommen nicht zuletzt aufgrund der Erhöhung der Regelsätze von Umsatz- und Versicherungssteuer kräftig zu. Die Sozialversicherungsbeiträge gingen dagegen leicht zurück, weil die Senkung des Beitragssatzes der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Anhebung der Beitragssätze der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung deutlich überwog und die beitragspflichtigen Einkommen nur moderat stiegen. Das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern wuchs weiterhin merklich stärker als aufgrund von Rechtsänderungen und der Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die als Hilfsindikator für die Bemessungsgrundlage herangezogen werden, zu erwarten gewesen wäre.

*Ausgabenquote
erheblich
gesunken*

Die Staatsausgaben nahmen im vergangenen Jahr moderat um 1 % zu und sanken somit in Relation zum BIP spürbar auf knapp 44 %. Eine große Rolle spielte dabei die positive Konjunktorentwicklung. Sie senkte die Quote nicht nur über das stärkere Wachstum des nominalen BIP im Nenner, sondern auch über deutlich niedrigere arbeitsmarktbedingte Aufwendungen vor allem infolge der günstigen Beschäftigungsentwicklung. Zudem trug die – im Vergleich zum nominalen BIP – geringe



Zunahme der Alterssicherungs- und Personalausgaben zum Quotenrückgang bei. Hier schlugen sich die moderaten gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen, ähnlich wie auf der Einnahmenseite, quotensenkend nieder, weil die Leistungsanpassungen bei vielen Sozialleistungen mit der (vorangegangenen) Entwicklung der Pro-Kopf-Entgelte verknüpft sind.

Zur strukturellen Entwicklung der öffentlichen Finanzen – Ergebnisse des disaggregierten Ansatzes für das Jahr 2007

Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr stark verbessert. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes vom Januar 2008 wurde der gesamtstaatliche Haushaltsausgleich (VGR-Konzept) erreicht, nachdem 2006 noch eine Defizitquote von 1,6 % zu verzeichnen war. Im Rahmen des „disaggregierten Ansatzes“ zur Analyse der Staatsfinanzen¹⁾ kann zum einen abgeschätzt werden, welcher Einfluss hierbei von konjunkturellen und speziellen temporären Effekten ausging. Zum anderen können strukturelle Veränderungen der Ausgaben- und Einnahmenquote und deren maßgebliche Einflussfaktoren aufgedeckt werden. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse dieser Analyse für 2007 vorgestellt.²⁾

Der Rückgang der Defizitquote um 1,6 Prozentpunkte (pp) im vergangenen Jahr ist auch auf die günstige konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen. Auf Grundlage des im Europäischen System der Zentralbanken standardmäßig verwendeten Bereinigungsverfahrens ergibt sich ein positiver Einfluss in Höhe von 0,3 pp. Klar abzugrenzende temporäre Sondereffekte (wie z.B. in der Vergangenheit UMTS-Erlöse) hatten dagegen keinen Einfluss auf den Defizitrückgang. Der um beide Effekte bereinigte, im Rahmen des Ansatzes als strukturell definierte Finanzierungssaldo verbesserte sich bezogen auf das Trend-BIP um 1,2 pp.

Während die unbereinigte Einnahmenquote nur marginal zunahm, wuchsen die strukturellen Einnahmen in Relation zum Trend-BIP spürbar um 0,5 pp. Leicht quotenerhöhend wirkte, dass der – wie üblich – positive Fiscal Drag aufgrund der progressiven Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs den negativen Einfluss bei den weitgehend mengenabhängigen speziellen Verbrauchsteuern überwog (insgesamt: + 0,1 pp). In die entgegengesetzte Richtung wirkte wie schon in den vorangegangenen Jahren die negative strukturelle Abkopplung der makroökonomischen Bezugsgrößen von der Entwicklung des BIP (– 0,3 pp). So senkte die (trendmäßig) vergleichsweise geringe Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter sowie des privaten Konsums vor Steuern für sich genommen die Quoten von Einnahmen aus Sozialbeiträgen, Lohnsteuer und Umsatzsteuer zum Trend-BIP. Das Mehraufkommen bei den gewinnabhängigen Steuern aufgrund des trendmäßig im Vergleich zum BIP schnelleren Anstiegs der Unternehmens- und Vermögenseinkommen wog dies nicht auf. Für den Anstieg der strukturellen Einnahmenquote ausschlaggebend waren die Rechtsänderungen. Dabei schlugen einerseits die Erhöhung des Regelsatzes der Umsatz- und der Versicherungsteuer um 3 pp auf 19 % und die Anhebung der Beitragssätze zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung um 0,4 pp beziehungsweise durchschnittlich

0,5 pp zu Buche. Andererseits wurde der Beitragssatz der Bundesagentur für Arbeit um 2,3 pp gesenkt. Einschließlich einer Reihe weiterer, quantitativ weniger bedeutender Maßnahmen führten Rechtsänderungen per saldo zu Mehreinnahmen in Höhe von 0,6 % des Trend-BIP.

Mit den angeführten drei Einflussfaktoren (Fiscal Drag, strukturelle Abkopplung der makroökonomischen Bezugsgrößen vom BIP und Rechtsänderungen), lässt sich der größte Teil der Veränderung der strukturellen Einnahmenquote im vergangenen Jahr erklären. Der im Rahmen des standardisierten Verfahrens unerklärte Teil (Residuum) belief sich insgesamt auf 0,1 pp. Dabei standen aufkommenserhöhende Faktoren bei den gewinnabhängigen Steuern einnahmensenkenden Sonderfaktoren bei der Umsatzsteuer gegenüber. Das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern wuchs wie schon in den Vorjahren stärker, als es aufgrund der Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (die im Rahmen der Konjunkturbereinigung als gesamtwirtschaftliche Bezugsgrößen für diese Steuern dienen) zu erwarten gewesen wäre. Dies kann unter anderem darin begründet liegen, dass hohe Steuervorauszahlungen mit hohen Nettornachzahlungen für vergangene Jahre zusammengetroffen sind. Ein grundsätzliches Problem liegt aber auch darin, dass die verwendete Bezugsgröße aus den VGR die Schwankungen der tatsächlichen steuerlichen Bemessungsgrundlagen nur unzureichend erfasst. Die Zuwächse bei den Umsatzsteuereinnahmen lagen im Gegensatz zu 2006 bereinigt um Rechtsänderungen dagegen niedriger als durch die herangezogene makroökonomische Bezugsgröße zu erklären ist. Hierzu dürften steuerbedingt in das Jahr 2006 vorgezogene Käufe von Konsumgütern beigetragen haben, deren Wegfall 2007 den Anteil der Güter, die mit dem zum Jahresbeginn 2007 erhöhten Regelsatz belastet sind, am Gesamtkonsum gesenkt hat. Damit sinkt für sich genommen der (aus dem erzielten Aufkommen abgeleitete) durchschnittliche Steuersatz, was in den standardisierten Berechnungen nicht berücksichtigt ist. Dieser Effekt allein reicht aber nicht aus, um die ungünstige Entwicklung bei der Umsatzsteuer zu erklären. Möglicherweise hat auch die Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Satzanhebung zugenommen.

Der Rückgang der strukturellen Ausgabenquote lag mit 0,8 pp deutlich unter dem der unbereinigten Quote. Dies geht zum einen auf die Bereinigung um konjunkturbedingt wesentlich geringere Arbeitsmarktausgaben zurück. Zum anderen stieg das reale BIP 2007 spürbar stärker als sein Trend. Damit erhöhte sich der Nenner der unbereinigten stärker als derjenige der strukturellen Ausgabenquote. Dabei verharrte die Zinsausgabenquote etwa auf dem Vorjahrsstand. Zwar ging die

¹ Für eine ausführlichere Darstellung des Ansatzes vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63–79. — ² Die Ergebnisse können sich im weiteren Verlauf durch Revision der vorläufigen VGR-Ergebnisse oder der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Perspek-

tiven ändern. — ³ Bereinigt um konjunkturelle Einflüsse und temporäre Effekte. Abgrenzung gemäß EDP-Definition, d.h. inkl. Swaps und Forward Rate Agreements bei den Zinsausgaben und dem Finanzierungssaldo, bzw. gemäß ESVG '95 (2007). — ⁴ Angaben in Prozent des nominalen BIP. — ⁵ Veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertragsteuern, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer. — ⁶ Auf den Staatssektor

Strukturelle Entwicklung³⁾ in Prozent des Trend-BIP

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten

Position	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Insgesamt 2001 bis 2007
Unbereinigter Finanzierungssaldo ⁴⁾	- 4,1	- 0,8	- 0,4	0,3	0,4	1,8	1,6	- 1,3
Konjunkturkomponente ⁴⁾	0,0	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,4	0,4	0,3	- 0,7
Temporäre Effekte ⁴⁾	- 2,5	0,1	0,0	0,1	0,1	- 0,2	0,0	- 2,5
Finanzierungssaldo	- 1,7	- 0,5	0,1	0,3	0,8	1,5	1,2	1,9
Zinsen	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	0,0	0,0	- 0,4
wegen Veränderung des Durchschnittszinses ⁵⁾	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,1	0,0	0,1	- 0,6
wegen Veränderung des Schuldenstands ⁵⁾	- 0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,1	0,2
Primärsaldo	- 1,8	- 0,6	0,1	0,2	0,7	1,6	1,3	1,4
Einnahmen	- 1,9	- 0,6	- 0,3	- 1,2	0,1	0,9	0,5	- 2,5
davon:								
Steuern und Sozialbeiträge	- 2,0	- 0,5	- 0,2	- 0,9	0,0	0,9	0,5	- 2,2
Fiscal drag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6
Abkopplung der Basis vom BIP	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 1,6
Rechtsänderungen	- 1,1	0,7	0,4	- 0,6	- 0,2	0,1	0,6	0,1
Residuum	- 0,8	- 1,0	- 0,5	- 0,2	0,2	0,9	0,1	- 1,3
darunter: Gewinnabhängige Steuern ⁵⁾	- 0,7	- 0,8	- 0,1	0,1	0,2	0,7	0,2	- 0,5
Nachrichtlich: Teil der Ausgaben ⁶⁾	- 0,2	0,0	0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,8
Nicht-steuerliche Einnahmen ⁷⁾	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,3	0,1	0,0	0,0	- 0,3
Primärausgaben	- 0,1	0,0	- 0,4	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,8	- 4,0
davon:								
Sozialausgaben ⁸⁾	0,2	0,5	- 0,1	- 0,8	- 0,4	- 0,2	- 0,6	- 1,6
Subventionen	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	0,0	0,0	- 0,6
Arbeitnehmerentgelte	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 1,2
Vorleistungen	0,0	0,0	0,0	- 0,1	0,2	- 0,1	0,0	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	0,1	0,1	- 0,3
Sonstige Ausgaben ⁹⁾	0,1	- 0,2	0,1	- 0,1	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,4
Nachrichtlich:								
Ausgaben für Alterssicherung ¹⁰⁾	0,0	0,1	0,0	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,8
Gesundheitsausgaben ¹¹⁾	0,1	0,0	- 0,1	- 0,4	0,0	0,0	0,0	- 0,3
Arbeitsmarktausgaben ¹²⁾	0,0	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,9

Schuldenquote merklich zurück, aber die Durchschnittsverzinsung der Staatsschuld erhöhte sich zum ersten Mal seit der Jahrhundertwende wieder. Die strukturelle Quote der übrigen Ausgaben (Primärausgaben) ging dagegen spürbar zurück. Dazu leisteten wie schon in den Vorjahren die Ausgaben für die Alterssicherung einen erheblichen Beitrag, weil die jahresdurchschnittliche Rentenanhebung mit 0,3 % eng begrenzt blieb und die Zahl der Renten nur langsam zunahm. Weiterhin sanken die Arbeitsmarktausgaben nicht nur aufgrund der Konjunktur, sondern auch ihr mittelfristiger Trend ging spürbar zurück. Schließlich hatten die moderaten Tarifänderungen und der fortgesetzte Stellenabbau bei den Gebietskörperschaften zur Folge, dass auch die Arbeitnehmerentgelte des Staates in Relation zum Trend-BIP weiter deutlich abnahmen. Insgesamt schlägt sich also nicht nur auf

entfallende Zahlungen, z. B. Sozialbeiträge für Angehörige des öffentlichen Dienstes (geschätzt). — 7 Sonstige empfangene laufende Transfers, Verkäufe und empfangene Vermögenstransfers. — 8 Einschl. sonstiger laufender Transfers an private Haushalte. — 9 Sonstige geleistete laufende Transfers an Kapitalgesellschaften und die übrige Welt, Nettzugang sonstiger nichtfinanzieller Vermögensgüter und geleistete Ver-

der Einnahmenseite, sondern auch auf der Ausgabenseite die gesamtwirtschaftlich gedämpfte Lohnentwicklung „automatisch“ in einer rückläufigen Quote nieder, da zahlreiche Sozialleistungen hieran gekoppelt sind und sich auch die Tarifentgelte im öffentlichen Dienst hieran orientieren. Der für sich genommen starke Anstieg der Investitionsausgaben bildete hier nur ein kleineres Gegengewicht.

Insgesamt zeigt sich, dass der deutliche Rückgang der Defizitquote im vergangenen Jahr auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. Neben dem vorteilhaften Konjunktoreinfluss sind vor allem die auch strukturell nur gedämpft gewachsenen Ausgaben und die auf Rechtsänderungen zurückgehenden Einnahmesteigerungen für die sehr günstige Entwicklung ausschlaggebend gewesen.

mögenstransfers. — 10 Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, für Beamtenpensionen und Leistungen der Postpensionskasse. — 11 Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung und Beihilfeszahlungen für Beamte. — 12 Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (ohne Aussteuerungsbetrag) und für Arbeitslosenhilfe (bis 2004) bzw. für Arbeitslosengeld II (ab 2005) sowie Eingliederungsmaßnahmen.

*2008 wieder
mit Defizit zu
rechnen*

Im Jahr 2008 wird der gesamtstaatliche Haushalt voraussichtlich wieder ein Defizit aufweisen. Neben der nochmaligen Senkung des Beitragssatzes der BA auf nunmehr 3,3 % dürfte insbesondere die Entwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern zur Verschlechterung der Haushaltslage beitragen. Zum einen schlagen hier die merklichen Steuerausfälle im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform zu Buche. Zum anderen dürfte das Aufkommen nach den starken Zuwächsen der letzten Jahre inzwischen ein Niveau erreicht haben, das spürbar über das Normalmaß hinausgeht. Darüber hinaus besteht aufgrund der Finanzmarkturbulenzen ein zusätzliches Risiko einer eher schwachen Entwicklung. Insgesamt wird die staatliche Einnahmenquote trotz progressionsbedingter Mehreinnahmen deutlich sinken. Zwar dürfte auch die Ausgabenquote zurückgehen, da sich aus heutiger Sicht vor allem die Alterssicherungs- und die Arbeitsmarktausgaben weiterhin gedämpft entwickeln werden. Dies dürfte aber nicht ausreichen, um die einnahrnenseitige Entwicklung vollständig zu kompensieren.

*Erreichte Kon-
solidierung...*

Auch in struktureller (d. h. um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigter) Betrachtung wies Deutschland 2007 einen ausgeglichenen Haushalt auf und erreichte somit bereits das von der Bundesregierung gesetzte mittelfristige Haushaltsziel. Damit wurde nach der Aufhebung des Defizitverfahrens im Juni 2007 eine weitere wichtige Vorgabe des europäischen Rahmens für die Finanzpolitik erfüllt. Wenn am Kurs solider Staatsfinanzen festgehalten wird, könnte auch die Schuldenquote zügig unter die im EG-Vertrag festge-

legte Grenze von 60 % gesenkt werden. Damit würde einer weiteren zentralen Forderung der europäischen Haushaltsregeln entsprochen. Außerdem ständen dann den zukünftigen Haushaltsbelastungen aufgrund der Alterung der Bevölkerung Entlastungen beim Schuldendienst gegenüber.

Der von der Bundesregierung nach der jüngsten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms für das laufende Jahr geplante Rückfall in eine Defizitposition ist mit den europäischen Vorgaben nicht ganz vereinbar. Dies gilt umso mehr, als in dem Programm davon ausgegangen wurde, dass die konjunkturelle Entwicklung eher günstig ist und das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern auch im Jahr 2008 noch ein ungewöhnlich hohes Niveau aufweist.

Eine weitergehende, das heißt über die Entlastungen durch die Senkung des BA-Beitragssatzes und durch die Unternehmenssteuerreform hinausgehende Lockerung der Finanzpolitik, wie sie etwa in den Vereinigten Staaten mit dem Ziel der Abwehr einer Rezessionsgefahr beschlossen wurde, erscheint in Deutschland aus heutiger Sicht nicht angebracht. So sind zwar auch hierzulande die Risiken im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung leicht gestiegen, aber insgesamt befindet sich die heimische Wirtschaft nach wie vor in einer soliden Verfassung und im Korridor der Normalauslastung. Es besteht daher kein Anlass, die in den vergangenen Jahren mühsam erreichte Konsolidierung aufs Spiel zu setzen. Zudem kann nicht zuletzt nach den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen der Erfolg einer akti-

*... nicht
gefährden*

*Weitergehende
Lockerung nicht
angezeigt*

ven finanzpolitischen Konjunktursteuerung in Deutschland generell bezweifelt werden. In der Regel erscheint es angemessener, ausgehend von einer strukturell soliden Finanzlage die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. So sehen es auch die europäischen Haushaltsregeln grundsätzlich vor. Gerade in der aktuellen deutschen Ausgangssituation könnte sich eine expansive Finanzpolitik als unnötiges und kostspieliges Strohfeuer erweisen.

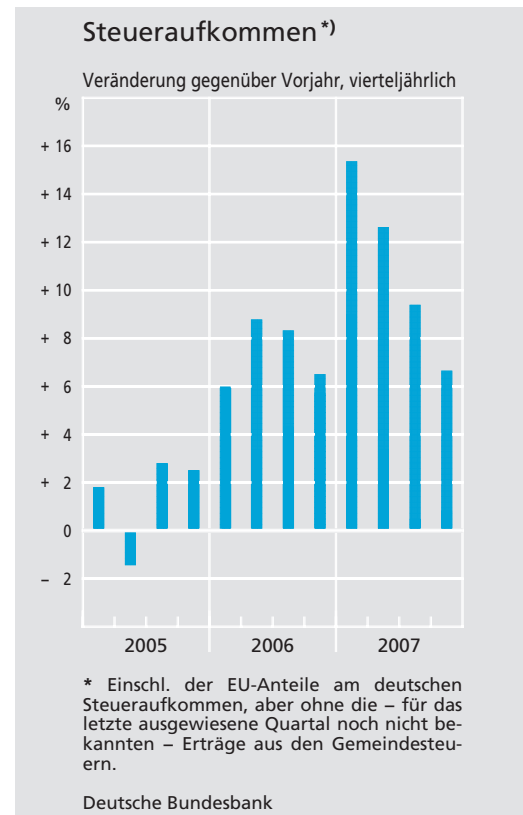
Haushalte der Gebietskörperschaften²⁾

Steuereinnahmen

Steuereinnahmen 2007 kräftig gestiegen, jüngste Erwartungen jedoch unterschritten

Die Steuereinnahmen³⁾ stiegen im letzten Jahr kräftig (+ 10 ½ %), wobei der Zuwachs im Jahresverlauf allerdings rückläufig war (siehe auch das nebenstehende Schaubild und die Tabelle auf S. 62). Hierzu haben neben einer Abschwächung der Grunddynamik auch Sonderfaktoren beigetragen. Ausschlaggebend für das deutliche Wachstum im Gesamtjahr war zum einen der Anstieg bei den Steuern vom Umsatz infolge der Satzanhebung zu Jahresbeginn 2007. Zum anderen nahm auch das Aufkommen aus den Einkommensteuern bei einer günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erheblich zu. Das Ergebnis für 2007 übertraf die offizielle Prognose vom November 2006 insgesamt um 21 Mrd €, lag aber um 1 ½ Mrd € unter den Erwartungen der jüngsten Schätzung vom November 2007.

Im Einzelnen nahm das Lohnsteueraufkommen gegenüber dem Vorjahr um 7 ½ % zu.



Hier zeigten sich neben dem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme vor allem der Rückgang der vom Kassenaufkommen abgesetzten Kindergeldzahlungen und die Steuerprogression. Aber auch die Einschränkung der Entfernungspauschale zur Berücksichtigung der Aufwendungen für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte hat eine Rolle gespielt. Zur Verfassungsmäßigkeit dieser Neuregelung sind derzeit verschiedene Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig, und eine Entscheidung wird für dieses Jahr erwartet. Vor diesem Hintergrund können seit September 2007 wieder Freibeträge nach altem Recht auf den Lohnsteuer-

Zuwachs bei Einkommensteuern reflektiert günstige Wirtschaftsentwicklung und Sonderfaktoren

² Der folgenden Berichterstattung liegt die haushaltsmäßige (finanzstatistische) Abgrenzung zugrunde.

³ Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das letzte Berichtsquartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

Steueraufkommen

Steuerart	Gesamtjahr				Schätzung für 2007 1) 2)	4. Vierteljahr			
	2006		2007			2006		2007	
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	in Mrd €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	in Mrd €
Steuereinnahmen insgesamt 2)	446,1	493,8	+ 10,7	+ 47,7	+ 26,5	128,8	137,4	+ 6,6	+ 8,6
darunter:									
Lohnsteuer	122,6	131,8	+ 7,5	+ 9,2	+ 4,2	35,5	37,6	+ 6,0	+ 2,1
Gewinnabhängige Steuern 3)	60,0	72,9	+ 21,5	+ 12,9	- 0,4	17,7	19,3	+ 8,8	+ 1,6
davon:									
Veranlagte Einkommensteuer	17,6	25,0	+ 42,5	+ 7,5	+ 1,9	7,5	8,7	+ 15,4	+ 1,2
Kapitalertragsteuern 4)	19,5	25,0	+ 27,8	+ 5,4	- 0,2	3,7	4,9	+ 31,1	+ 1,2
Körperschaftsteuer	22,9	22,9	+ 0,1	+ 0,0	- 2,1	6,5	5,7	- 11,8	- 0,8
Steuern vom Umsatz 5)	146,7	169,6	+ 15,6	+ 22,9	+ 22,9	38,5	44,0	+ 14,2	+ 5,5
Energiesteuer	39,9	39,0	- 2,4	- 1,0	- 0,5	15,7	15,3	- 2,4	- 0,4
Tabaksteuer	14,4	14,3	- 0,9	- 0,1	- 0,3	4,3	4,1	- 4,5	- 0,2

1 Laut offizieller Steuerschätzung vom November 2006. —

2 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das letzte ausgewiesene Quartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern. —

3 Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investi-

tionszulage vom Aufkommen abgesetzt. — 4 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag. — 5 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer. — 6 Für die Steuereinnahmen inkl. (noch geschätzter) Gemeindesteuern lag das Ergebnis um rd. 23 Mrd € höher als die Schätzung.

Deutsche Bundesbank

karten eingetragen werden.⁴⁾ Dies könnte neben dem geringeren Rückgang beim Kindergeld und einer gedämpften Lohnentwicklung zum Jahresende dazu beigetragen haben, dass sich das Wachstum der Lohnsteuereinnahmen im – anteilsmäßig besonders gewichtigen – vierten Quartal etwas abschwächte. Das Aufkommen aus den gewinnabhängigen Steuern⁵⁾ stieg 2007 weiter stark an (+ 21½ %), wobei die Zuwachsraten im Jahresverlauf abnahmen. Der Rückgang der Raten ist allerdings dadurch überzeichnet, dass in den ersten Monaten des Jahres die vom Kassenaufkommen abgesetzten Zahlungen für die auslaufende Eigenheimzulage (vor allem im Hauptauszahlungsmonat März) und die Erstattungen an Arbeitnehmer im Vorjahresvergleich deutlich gesunken waren. Auch könnten bei der Körperschaftsteuer

Sondereinflüsse das Verlaufsmuster verzerrt haben. Insgesamt sind die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern auch 2007 stärker gewachsen, als es aus der finanziellen Wirkung von Rechtsänderungen und dem Anstieg der makroökonomischen Bezugsgröße (Unternehmens- und Vermögenseinkommen) ableitbar ist – wengleich auch in deutlich geringerem Umfang als 2006. Die Finanzmarkturbulenzen haben sich bislang

4 Die Einkommensteuerbescheide für 2007 werden bezüglich der Fahrtkosten mit einem Vorläufigkeitsvermerk versehen.

5 Hier werden unter dem Begriff „gewinnabhängige Steuern“ die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuern zusammengefasst. Im Unterschied zur VGR-Abgrenzung sind die Eigenheim- und Investitionszulagen sowie die Einkommensteuererstattungen an Arbeitnehmer (§ 46 EStG) in der hier dargestellten finanzstatistischen Abgrenzung von deren Aufkommen abgesetzt und die Gewerbesteuer nicht berücksichtigt.

nicht erkennbar auf die Aufkommensentwicklung ausgewirkt.

*Zuwachs bei
verbrauchsab-
hängigen
Steuern durch
Abgaben-
erhöhungen*

Der starke Aufkommenszuwachs bei den verbrauchsabhängigen Steuern wurde von der Anhebung des Regelsatzes der Umsatzsteuer (und auch der Versicherungsteuer) getragen. Die Vorjahrswachstumsraten nahmen jedoch im Jahresverlauf ab. Dies dürfte insbesondere damit zusammenhängen, dass die Kassenergebnisse vor dem Jahresende 2006 noch die Vorzieheffekte aufgrund der Anhebung des Umsatzsteuersatzes reflektierten. Die Entwicklung bei der Umsatzsteuer enttäuschte insofern, als die Bemessungsgrundlage vor Steuern insbesondere wegen des weiterhin schwachen privaten Konsums kaum anstieg und das Ergebnis auch niedriger lag, als es bei Berücksichtigung dieser gedämpften Verbrauchsentwicklung zu erwarten war. Die Umsatzsteuereinnahmen waren allerdings in den letzten Jahren recht volatil und folgten den Entwicklungen der makroökonomischen Bezugsgröße dabei nur eingeschränkt. Die Einnahmen aus der Energiesteuer – der vom Umfang her wichtigsten Verbrauchsteuer des Bundes – gingen angesichts hoher Energiepreise und der dadurch bedingten Verbrauchszurückhaltung, aber wohl auch infolge eines milden Winters um 2 ½ % zurück.

*2008 durch
Unternehmen-
steuerreform
und wirtschaft-
liche Risiken
geprägt*

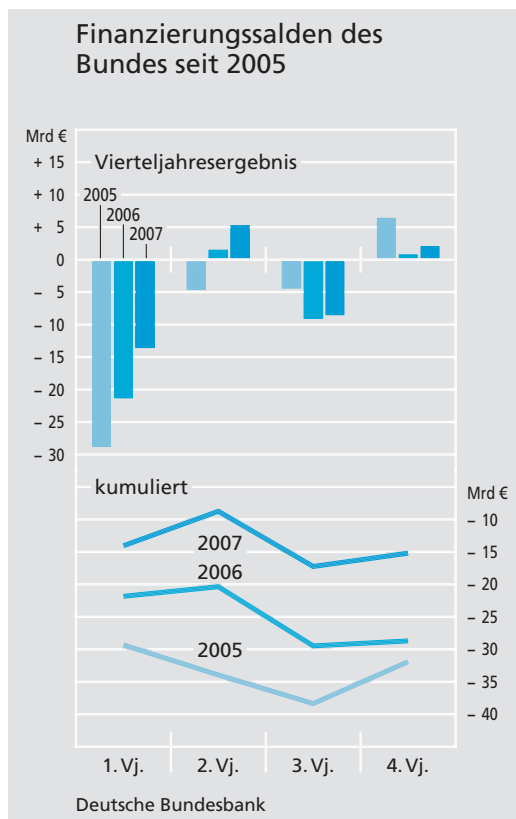
In der letzten offiziellen Steuerschätzung – die auch dem Bundeshaushalt 2008 zugrunde liegt – wurde für 2008 insgesamt (einschl. Gemeindesteuern) ein Aufkommenswachstum von 3 % prognostiziert. Dabei sind geschätzte Ausfälle von rund 6 ½ Mrd € durch die zu Jahresbeginn in Kraft getrete-

ne Unternehmensteuerreform berücksichtigt. Auch wurde eine gewisse Gegenbewegung zu dem sehr starken Einnahmenwachstum aus gewinnabhängigen Steuern in den Vorjahren unterstellt. Da gegenüber der November-Schätzung nunmehr eine niedrigere Ausgangsbasis aus 2007 zu verzeichnen ist und die gesamtwirtschaftlichen Aussichten inzwischen größere Unsicherheiten umfassen, besteht hier insgesamt ein Risiko von Mindereinnahmen.

Bundeshaushalt

Der Bundeshaushalt schloss 2007 mit einem Defizit von gut 14 ½ Mrd € ab. Damit wurde der Ansatz im Nachtragshaushalt genau erreicht. Bei den Einnahmen kam es durch ein moderates Unterschreiten des in der Steuerschätzung vom November erwarteten Niveaus, durch Nachzahlungen an die EU sowie durch einen geringer als geplant ausgefallenen Aussteuerungsbetrag der BA zu Ausfällen von insgesamt 4 Mrd €. Durch höhere Einnahmen aus Vermögensverwertungen, Zahlungen von der EU sowie Zuflüsse aus der Auflösung des Fluthilfefonds konnten diese zur Hälfte ausgeglichen werden. Die Ausgaben stiegen zum größeren Teil infolge des neu eingeführten umsatzsteuerfinanzierten Zuschusses an die BA gegenüber dem Vorjahr um fast 3 ½ %, blieben aber wie die Einnahmen um knapp 2 Mrd € unter den Planungen. Neben Einsparungen bei den Zinsaufwendungen und der Inanspruchnahme aus Gewährleistungen trugen auch Minderausgaben bei den Leistungen für Langzeitarbeitslose und für den Defizitausgleich bei der

*Defizit im
Gesamtjahr
2007 wie im
Nachtrags-
haushalt
veranschlagt*



knappschäftlichen Rentenversicherung zu der Haushaltsentlastung bei.

Defizit gegenüber Vorjahr beinahe halbiert

Insgesamt hat sich das Bundesdefizit gegenüber dem Vorjahrsergebnis beinahe halbiert. Die Nettokreditaufnahme blieb im Haushaltsvollzug mit knapp 14 ½ Mrd € zwar deutlich unter der Summe der investiven Ausgaben von gut 26 Mrd €. Ohne die umfangreichen Entlastungen aus Vermögensverwertungen im Bundeshaushalt sowie bei der Postpensionskasse wäre dies aber nicht gelungen. Die Haushaltslage des Bundes blieb damit trotz der vorteilhaften gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weiter angespannt. Das günstige gesamtsstaatliche Ergebnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Konsolidierung des Bundeshaushalts noch bei Weitem nicht abgeschlossen ist.

Der Ende November vom Bundestag verabschiedete Bundeshaushalt 2008 sieht lediglich eine geringfügige Rückführung des Defizits auf 12 Mrd € vor. Gegenüber dem Vorjahr ist dabei ein Ausgabenzuwachs von 4 ½ % veranschlagt, der beinahe zur Hälfte auf die Zuschüsse zur Postpensionskasse zurückgeht, die nach dem Aufbrauchen der restlichen Verbriefungserlöse im letzten Jahr nun auf 6 Mrd € beziffert werden. Daneben wurden aber auch die laufenden Ausgaben in anderen Bereichen aufgestockt, während die investiven Ausgaben um 1 ½ Mrd € auf 24 ½ Mrd € sinken sollen. Allerdings ist auch eine Aktivierung von Vermögenswerten von 12 ½ Mrd € vorgesehen. Ohne diese Sondereinnahmen wird also auch im laufenden Jahr die im Artikel 115 GG festgelegte Kreditgrenze nur knapp eingehalten. Sofern das gesamtwirtschaftliche Wachstum – wie von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 2008 bereits erwartet – hinter den Annahmen zurückbleibt und sich weitere Risiken beim Steueraufkommen materialisieren, würden sich die Aussichten für den Bundeshaushalt eintrüben. Aus heutiger Sicht scheint der Budgetrahmen trotz der etwas schlechter als erhofften Ausgangslage zwar noch immer erreichbar. Der Weg bis zum Haushaltsausgleich, der für 2011 geplant ist, dürfte aber bei nachlassender gesamtwirtschaftlicher Dynamik auch durch die beschlossenen Ausgabenausweitungen schwierig werden.

2008 kaum Konsolidierungsfortschritt geplant

Das Defizit der Nebenhaushalte des Bundes lag 2007 mit 3 Mrd € um 2 Mrd € niedriger als im Jahr zuvor. Bei der Postpensionskasse wurden wie im Vorjahr Erlöse aus einer als Kreditaufnahme behandelten Verbriefung

Nebenhaushalte 2007 mit Defizit

von Ansprüchen verbraucht, woraus erneut ein Defizit von 4 ½ Mrd € resultierte. Für den Fluthilfefonds ergibt sich durch die Ausschüttung der restlichen Mittel von 1 Mrd € ebenfalls ein Defizit. Wie im Jahr 2006 verzeichnete das zur Jahresmitte unter dem Dach der Kreditanstalt für Wiederaufbau reorganisierte ERP-Sondervermögen einen Kreditbedarf von per saldo ½ Mrd €. Ein Überschuss von knapp 1 Mrd € ergab sich dagegen beim Erblastentilgungsfonds vor allem durch dessen Beteiligung an der Gewinnausschüttung der Bundesbank im Frühjahr 2007, die zur Tilgung genutzt werden muss, während die Schuldzinsen direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden. Noch günstiger war der Abschluss des neu geschaffenen Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“, dessen Zuschüsse vom Bund in Höhe von 2 Mrd € erst in den Folgejahren verausgabt werden sollen.

Länderhaushalte⁶⁾

Die Länderhaushalte wiesen 2007 einen gegenüber dem Vorjahr um 13 Mrd € günstigeren Finanzierungssaldo aus und erzielten erstmals seit 1969 wieder einen Überschuss (3 Mrd €). Die Planungen zu Jahresanfang gingen demgegenüber noch von einem Defizit von insgesamt 15 ½ Mrd € aus. Zu der außerordentlich positiven Entwicklung trug in erster Linie der auf die Entwicklung des Steueraufkommens zurückzuführende kräftige Anstieg der Einnahmen um 7 ½ % bei. Gleichzeitig zogen jedoch auch die Ausgaben nach der verhaltenen Tendenz der Vorjahre wieder etwas stärker an (+ 2 %). Während die Personalausgaben trotz ausgeweiteter Zu-

führungen an Versorgungsrücklagen nur vergleichsweise leicht zunahm (+ ½ %), fiel der Anstieg der großenteils an die Steueraufkommensentwicklung gekoppelten Zuweisungen an die Kommunen deutlich höher aus und dürfte allein die Zunahme der Länderausgaben gut zur Hälfte erklären.

Im laufenden Jahr dürften die zu erwartenden Ausfälle bei den gewinnabhängigen Steuern nicht zuletzt durch die Unternehmensteuerreform und die sich abzeichnenden Ausgabenzuwächse auch infolge von höheren Entgelten im öffentlichen Dienst zu einem weniger günstigen Abschluss der Länderhaushalte führen. Die inzwischen größtenteils an die letzte Steuerschätzung angepassten Haushaltsplanungen der Länder sehen für 2008 insgesamt ein Finanzierungsdefizit von 6 Mrd € vor. Die Lage stellt sich jedoch im Einzelnen sehr unterschiedlich dar. Immerhin sieben von 16 Ländern haben für das laufende Jahr Haushalte ohne Nettoneuverschuldung vorgelegt, vier weitere planen dies spätestens bis 2011. Die übrigen fünf Länder haben bislang hierfür noch keine festen Zieltermine veröffentlicht. Darunter befinden sich auch die drei Länder Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein, deren Haushaltspläne bei bereits hoher Pro-Kopf-Verschuldung weiterhin die verfassungsmäßigen Regelgrenzen der Kreditaufnahme überschreiten. Die demographische Entwicklung und der absehbare Anstieg der Versorgungsausgaben machen die Fortsetzung der Konsolidierungsanstrengungen und der Be-

*Gedämpftere
Aussichten für
2008 bei weiter
kritischer Haus-
haltslage in ein-
zelnen Ländern*

*Erstmals seit
1969 Über-
schuss im
abgelaufenen
Jahr*

⁶ Die zuletzt veröffentlichten Angaben zu den Gemeindefinanzen wurden in den Kurzberichten des Monatsberichts Januar 2008 kommentiert.

mühungen um einen Schuldenabbau erforderlich. Zur wirksamen Eindämmung der Verschuldung wäre eine verfassungsmäßige Verankerung von letztlich auf einen Haushaltsausgleich zielenden Kreditgrenzen nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern angezeigt. Im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform besteht die Chance zu einer solchen Neuregelung.

Sozialversicherungen⁷⁾

Rentenversicherung

*Verbesserung
der Finanzlage
im Jahr 2007*

Im Jahr 2007 verzeichnete die gesetzliche Rentenversicherung einen Überschuss von gut 1 Mrd €. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem sich ein positiver Saldo von 7 ½ Mrd € ergab, bedeutet dies zwar eine beachtliche Verschlechterung. Dabei sind jedoch einige Sondereffekte zu beachten. Zum Ersten wäre es im Jahr 2006 ohne die beträchtlichen einmaligen Mehreinnahmen aufgrund der Vorverlegung von Abführungsterminen für die Sozialbeiträge nicht zu einem Überschuss, sondern zu einem Defizit von schätzungsweise 3 Mrd € gekommen. Zum Zweiten hätte sich im Jahr 2007 ein Defizit von rund 1 Mrd € ergeben, wenn der Beitragssatz nicht von 19,5 % auf 19,9 % angehoben (+ 4 Mrd €) und auf die Kürzung der Beiträge des Bundes für Empfänger von Arbeitslosengeld II (– 2 Mrd €) verzichtet worden wäre. Die Rücklagen beliefen sich Ende 2007 auf 12 Mrd € beziehungsweise gut 0,73 Monatsausgaben. Innerhalb eines Jahres sind sie damit um gut 2 Mrd € gestiegen.⁸⁾

Die Einnahmen gingen insgesamt um knapp 2 % zurück. Ohne die genannten Sondereffekte dürfte sich dagegen ein Anstieg um gut 1 ½ % ergeben haben. Bei den Beitragseinnahmen wirkte sich insbesondere dämpfend aus, dass die Beiträge für arbeitslose Leistungsempfänger deutlich zurückgingen, weil neben der Halbierung der Beiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld II die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I sehr stark abnahm.

*Konjunkturbedingt günstige
Einnahm-
entwicklung*

Die Ausgaben stiegen insgesamt um knapp 1 %. Ausschlaggebend waren die Rentenzahlungen, die insbesondere aufgrund einer leicht höheren Zahl der Renten, aber auch infolge der Rentenerhöhung zum 1. Juli 2007 (+ 0,54 %) um gut ½ % wuchsen. Hinzu kamen deutliche Mehraufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner, deren Beiträge – abzüglich des Sonderbeitrags von 0,9 % – zur Hälfte von der Rentenversicherung gezahlt werden. Hier wirkten die spürbaren Beitragssatzerhöhungen der gesetzlichen Krankenkassen ausgabensteigernd.

*Insgesamt
moderate
Ausgaben-
zuwächse*

Im laufenden Jahr ist mit einem Anstieg des Überschusses und einer weiteren Aufstockung der Rücklagen zu rechnen, da die beitragspflichtigen Einkommen weiterhin schneller wachsen dürften als die Rentenaus-

*2008 Auswei-
tung der Über-
schussposition
zu erwarten*

⁷ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung im dritten Quartal 2007 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Dezember 2007 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

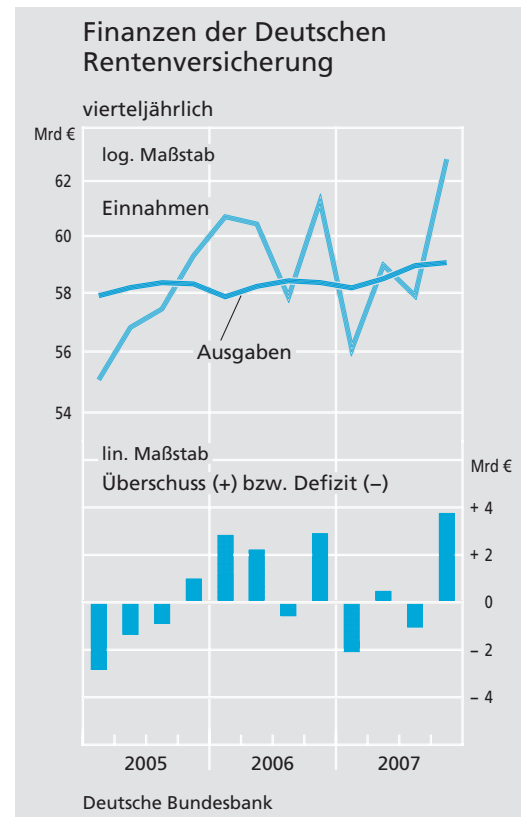
⁸ Seit April 2004 werden Neurenten nicht mehr vor-, sondern nachschüssig ausgezahlt. Dadurch verbessert sich von Jahr zu Jahr die Liquiditätslage der gesetzlichen Rentenversicherung. Dagegen verändern sich die periodengerecht zugeordneten Rentenausgaben und damit auch das Haushaltsergebnis hierdurch nicht.

gaben – auch wenn die zum 1. Juli anstehende Rentenerhöhung etwas stärker ausfallen dürfte als im vergangenen Jahr. Die Finanzlage für die gesetzliche Rentenversicherung wird sich künftig aber strukturell schwieriger darstellen, wenn nach den aktuell schwachen Rentenzugangsjahrgängen die wesentlich stärkeren Nachkriegsjahrgänge in die Rente eintreten werden.

Bundesagentur für Arbeit

Günstige Beschäftigungsentwicklung 2007 trotz Beitragssenkung hohen Überschuss

Die BA verzeichnete im Jahr 2007 einen Überschuss von gut 6 ½ Mrd €, während ein Jahr zuvor die Einnahmen um gut 11 Mrd € höher als die Ausgaben ausgefallen waren. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es auch bei der BA im Jahr 2006 zu einmaligen Mehreinnahmen durch vorverlegte Beitragsabführungstermine kam. Ohne diesen Effekt hätte der Überschuss 2006 eher bei 8 Mrd € gelegen. Außerdem wurde der Beitragssatz zu Beginn des Jahres 2007 von 6,5 % auf 4,2 % gesenkt und gleichzeitig ein neuer Bundeszuschuss eingeführt. Ohne diese Maßnahmen hätte sich im vergangenen Jahr ein Überschuss von rund 18 Mrd € ergeben. Dies verdeutlicht, wie stark die Finanzen der BA – sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgaben-seite – von der Verbesserung am Arbeitsmarkt profitierten. Insgesamt unterschritten die Einnahmen ihren Vorjahrswert um 22 ½ %. Dabei gingen die Beitragseinnahmen aufgrund der genannten Effekte um 37 % zurück (bereinigt hat sich aber ein spürbarer Anstieg ergeben)⁹. Dem standen allerdings die Mehreinnahmen durch den neuen regelgebundenen Bundeszuschuss in Höhe von 6 ½ Mrd € gegenüber. Dieser soll der Auf-



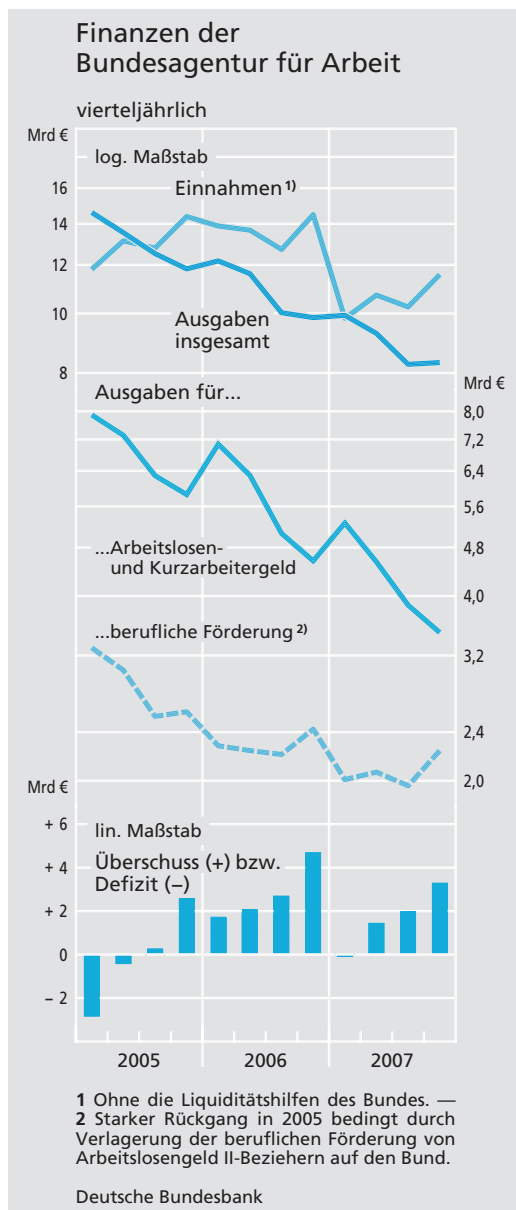
kommenswirkung eines Prozentpunktes des Umsatzsteuerregelsatzes entsprechen.¹⁰ Im Gegenzug ist kein Ausgleich eines möglichen BA-Defizits durch den Bund mehr vorgesehen.

Die Ausgaben sanken im Jahr 2007 um 18 %. Entscheidenden Anteil hieran hatte der Rückgang bei den Zahlungen für das Arbeitslosengeld I um 26 % aufgrund der sinkenden Zahl der Leistungsempfänger auf jahresdurchschnittlich knapp 1,1 Millionen. Hierzu dürfte auch bereits die Verkürzung der maximalen Bezugsdauern beigetragen haben. Auch im

Kräftige Ausgabenrückgänge vor allem beim Arbeitslosengeld I

⁹ Im letzten Quartal 2007, für das ein unverzerrter Vorjahresvergleich möglich ist, kam es zu einem um die Satzsenkung bereinigten Zuwachs von knapp 3 %.

¹⁰ Ab 2010 wird der Bundeszuschuss jährlich entsprechend der um Satzänderungen bereinigten Entwicklung der Umsatzsteuereinnahmen fortgeschrieben.



Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden erneut beachtliche, aber im Vergleich zur Entwicklung im Vorjahr deutlich geringere Einsparungen erzielt (-9 1/2%). Erhebliche Minderausgaben wurden bei dem an den Bund zu zahlenden Aussteuerungsbetrag verzeichnet, der mit 2 Mrd € um fast 1 1/2 Mrd € niedriger ausfiel als im Jahr zuvor.

Aufgrund der Überschüsse in den vergangenen zwei Jahren sind die Rücklagen der BA Ende 2007 auf rund 18 Mrd € angewachsen. Im laufenden Jahr wird ein Teil der Finanzreserven abgeschmolzen beziehungsweise umgewidmet. So werden 2,5 Mrd € in einem Versorgungsfonds für die bislang erworbenen Pensionsansprüche der beamteten Mitarbeiter und Pensionäre der BA zweckgebunden. Bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld I gehen die Planungen zwar nochmals von einem Rückgang aus, doch fällt dieser auch aufgrund der Verlängerung der maximalen Bezugsdauer für Ältere¹¹⁾ nur noch gering aus. Für die berufliche Förderung sind wieder Mehrausgaben vorgesehen. Außerdem wird der Aussteuerungsbetrag vom Bundesgesetzgeber durch einen mit 5 Mrd € gegenüber dem Ist-Ergebnis mehr als doppelt so hoch angesetzten Eingliederungsbeitrag ersetzt. Damit werden die Beitragszahler zur Finanzierung der Hälfte der Kosten des Bundes für Fördermaßnahmen und Verwaltung bei Langzeitarbeitslosigkeit herangezogen.¹²⁾ Insgesamt ist so mit einer Verschlechterung der BA-Finzen über die Ausgabenseite zu rechnen.

2008 deutliche Verschlechterung der Haushaltslage in Verbindung mit Ende der Ausgabenreduktionen, ...

Der Haushaltsplan der BA sieht für das Jahr 2008 trotz der unterstellten günstigen kon-

¹¹ Mit dem Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt wurde für Neuzugänge ab Februar 2006 die maximale ALGI-Bezugsdauer auf einheitlich 12 Monate beschränkt. Lediglich über 55-Jährigen wurde eine Verlängerung auf 18 Monate gewährt. Ab 2008 wird über 50-Jährigen maximal 15 Monate, über 58-Jährigen bis zu 24 Monate ALGI gezahlt.

¹² Eine weitere Entlastung des Bundes zulasten der BA war mit dem Ende der Beitragszahlungen für Kindererziehende geplant. Zur Kompensation der beim Bund erwarteten Einsparungen infolge der Verlängerung des ALGI-Anspruchs für Ältere zahlt der Bund jedoch auch weiterhin diese Beiträge in Höhe von jährlich 290 Mio €.

*... vor allem
aber durch
starke Senkung
des Beitrags-
satzes*

junkturrellen Rahmenbedingungen ein um die Zuführung zum Versorgungsfonds bereinigtes (operatives) Defizit von 2 ½ Mrd € vor. Entscheidend für die Verschlechterung der Finanzlage ist die Senkung des Beitragssatzes von 4,2 % auf 3,3 %, die allein Einnahmen-

ausfälle von gut 7 Mrd € verursachen wird. Damit wurde ein erhebliches Risiko eingegangen, in künftigen Abschwungphasen den Beitragssatz prozyklisch wieder anheben zu müssen.